

# Einleitung

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Beiträge zur Aargaugeschichte**

Band (Jahr): **11 (2002)**

PDF erstellt am: **17.04.2024**

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Einleitung



## Die politische Presse

Im 19. Jahrhundert kannte die Geschichte der politischen Presse im Aargau keine Parteien im heutigen Sinne. Umso mehr spielten Parteigungen, Gefolgschaften und religiöse Verbände eine Rolle. Die wenig gestaltete politische Landschaft des jungen Kantons zog trotzdem scharfe Grenzen zwischen den Lagern, hob scharfe Konturen heraus und provozierte Gegensätze. Den rohen Strukturen entsprachen die ungeschlachten Streitereien und das persönlich eingefärbte Gezänk zwischen Presseorganen. Dem Chronisten eröffnete sich die reizvolle Aufgabe, diesem oft chaotisch anmutenden Gerangel nachzugehen, die unterschwellige Ordnung zu entdecken, ähnliche Gegebenheiten aufzuspüren und an den verschiedenen Fronten die Zweikämpfe oder politischen Turniere darzustellen.

Um die Jahrhundertwende kristallisierten sich die Parteien als politische Vereine heraus, die Streitformationen waren nun dauerhaft gegeben, das kleinliche Gezänk verzog sich ins Dunkel der Parteigremien. Die Lager präsentierten sich äusserlich geeint, die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit vollzogen sich organisiert, und die Presse übte sich in dienender Funktion: Repräsentation nach innen und aussen. Oft ist es schwer auszumachen, ob der Historiker nunmehr die Geschichte der Zeitungen oder diejenige der politischen Organisationen darstellt. Bis zum Zweiten Weltkrieg gehörte es fast zur Pflicht eines bekennenden Zeitungsverlegers, interne Richtungskämpfe bei den andern zwar zu vermuten, nicht aber die eigenen in seinem Organ austragen zu lassen. Welch gefundenes Fressen wäre es für die politische Konkurrenz gewesen, des andern Differenzen schwarz auf weiss vorzufinden und in der eigenen Presse zitieren zu können! Parteiorgane präsentierten daher Meinungen uniform und bildeten kantonsweit – wenn immer möglich – monolithische Blöcke.

Zur Uniformierung trugen nicht wenig die Agenturen bei. Nicht nur die offiziellen Parteipressedienste normierten den politischen Gehalt; auch die Artikeldienste, die im weitesten Sinne Kommentare lieferten, waren mindestens bürgerlich-mittelständisch, bürgerlich-bäurisch oder sozialistisch ausgerichtet oder angehaucht. Während die ersteren als schweizerische Dienste die Politik meist auf die nationalen Gegebenheiten reduzierten, waren Beispiele aus Arbeiter- und Sozialpressediensten grösstenteils deutschen Quellen entnommen. So wirkten Kommentare bürgerlicher Blätter direkt oder indirekt – das heisst eingekauft oder selbstverfasst – nationalistisch, während die Arbeiterpresse im gleichen Masse internationalistisch ausgerichtet schien. Anders formuliert heisst dies, dass die bürgerliche Presse ebenso den vaterländischen Standpunkt, als die rote Presse die «vaterlandslosen Gesellen» in ihrem Denken und Gehabe vertrat.

Im Laufe des Ersten Weltkrieges verhärteten sich diese Fronten. Beim Generalstreik konnte keine gemeinsame Sprache zwischen parteilichen

Pressorganen mehr gefunden werden. In der Aargauer Presse 1918/19 stand – wie anderswo auch – einerseits die Rettung der Demokratie dem revolutionären Umsturzversuch nach ausländischen Vorbild gegenüber, während andererseits plutokratische Rücksichtslosigkeit die humanistischen Ideale einer wahrhaft egalitären Gesellschaft verhindern wollte.

Diese Planierungsarbeit der politischen Presseagenturen bestimmte auch die Stimmung hüben und drüben in den Jahren 1933–1939. Die Bauern- und Bürgerpartei, die 1919 aus diesem Geiste heraus geboren wurde und kein aufklärerisch-liberales oder christliches Fundament aufwies (sie galt damals als reine Wirtschaftspartei!), war gegenüber dem frontistischen Getue weniger immun als die freisinnig-demokratische oder die katholisch-konservative Partei. Die Presse der altbürgerlichen Parteien zeigte sich standhafter gegenüber diktatorischen Gelüsten von rechts und links, verteidigte die Menschenrechte, wobei die Sorgepflicht des Bürgers nur bis zur Landesgrenze reichte. Die international ausgerichtete Sozialdemokratie, ideologisch festgelegt und empfindlich reagierend auf gegensätzliche Wertsysteme, wo immer auch solche auftauchten, nahm sich heraus, Verhältnisse ennet der Landesgrenze wortreich zu kritisieren. Direkt betroffen durch faschistische Kriegserklärungen, war die Solidarisierung mit Bedrohten anderer Art (Juden!) selbstverständlich.

Es war eine Weile lang Mode, in populärwissenschaftlicher Manier den Aargau und seine Presse als frontenfreundlich zu deklarieren, wobei die Herausgabe des «Eisernen Besens» in Zurzach und die Tagungen in Brugg (Rüegsegger) als Wegmarken dienten. Die Sondierungen in den Jahren 1933–1939 gehörten daher zu den selbstgestellten Aufgaben dieser Pressegeschichte. Wir durften feststellen, dass die Aktivitäten der wenigen lokalen Sektionen im Aargau weitgehend auf 1933 beschränkt blieben, die Frontzeitung «Eiserner Besen» bereits nach einem Jahr unter dem Namen «Nationale Front» dorthin verlegt wurde, wo die meisten Mitglieder wohnten, nach Zürich. Der Versammlungsort Brugg hat nur deshalb Bedeutung erlangt, weil seit 1918 die antikomunistischen Vindonissa-Tagungen der militant bürgerlichen Tradition hatten. In der bürgerlichen Presse hingegen stellten wir jene Haltung fest, die im vorigen Abschnitt skizziert worden ist: eigenständig, demokratisch, isolationistisch, verteidigungsbereit.

Entgegen landläufigen Vermutungen erbrachte eine nähere Abklärung der Presseinhalte in den Kriegsjahren nichts zutage, was aufschlussreich, bezeichnend oder belastend gewesen wäre. Nicht die Zensur hatte solche Textstellen direkt eliminiert oder mittels Richtlinien indirekt unterbunden, vielmehr war es die vorsichtige Selbstzensur der Redaktoren, die zur Gleichförmigkeit beigetragen hat. Man überbot sich in geistiger Landesverteidigung und taktischer Zurückhaltung. Der Aargau als eidgenössischer Musterknabe handelte bewusst nicht gegen das Politische Departement, torpedierte keine schweizerische Aussenpolitik. Als Musteraargauer zeigte sich zum Beispiel

der Sozialist Arthur Schmid, Zensor und Zensurierter in gleicher Person. Der «Freie Aargauer» zeichnete sich 1939–1945 bezüglich Aufmüpfigkeit gegenüber Bundesrat oder fremden Machthabern keineswegs aus. Diese Erkenntnis, gewonnen aus eifriger Lektüre der Kriegstexte, veranlasste uns, auf die sich wiederholenden Angaben weitgehend zu verzichten. Wie sehr Zensur und Selbstzensur sich auswirkt, wenn wir die Zeit vor 1939 und nach Frühjahr 1945 mit den Kriegsjahren vergleichen, das hingegen kann als eigentliche pressegeschichtliche Erkenntnis verbucht werden.

Gegen Ende des Krieges, also vor Aufhebung der Zensur, wagten manche Journalisten schon schärfere Kritik; ja, Entsetzen und Anprangerung gehörte zu vielen Kommentaren: das Aufdecken der Gräueltaten in den befreiten Lagern als Schandtaten einer Ideologie und irregeleiteter, zu Monstern gewordener Menschen. Das zweite, halb innenpolitische Thema bildeten die unmotivierten Anprangerungen der Schweiz als Kriegshelfer der Achse durch Washington, die – eingedenk der verflochtenen schwierigen Kriegsjahre – Presse und Leserschaft gleichermassen empörte. Direkt nach dem Kriege beherrschte die Diskussionen um Ausweisungen und Säuberungen die Spalten der Presse, parallel zu den entsprechenden Debatten im Grossen Rat.

Die bald einsetzende Hochkonjunktur ermöglichte der aargauischen Presse, sich rasch zu erholen und – ohne Bruchstelle – in parteipolitischer Manier der Vorkriegszeit weiterzuwirken. Während in den Nachbarstaaten ringsum ein Neuanfang nötig wurde, waren die Veränderungen hierzulande durch wirtschaftliche Gegebenheiten provoziert. Der Abbau der parteipolitischen Färbung in den 60er-Jahren hatte mehr mit dem Inseratenmarkt zu tun, als mit ideeller Veränderung. Der Kalte Krieg, die Angst vor der Expansion des sowjetischen Einflussbereiches in Europa, begünstigte generell die bürgerliche Ausrichtung der Presseorgane und zwang schon früh die sozialdemokratischen Zeitungen zu Restrukturierungsmassnahmen. Die eigentlichen Parteizeitungen verschwanden zugunsten der parteiinternen Publikationen, Zeitschriften und Zirkulare. Radio und Fernsehen übernahmen die Erstinformation, umgekehrt erfolgte die Anzeige der Programme und die Nachbearbeitung der Sendungen in den Zeitungen. Kaum ein Lokalblatt, geschweige denn eine Tageszeitung, konnte die elektronischen Medien ignorieren.

Was bei der ganzen Presse-Entwicklung nach 1950 am meisten ins Auge sticht, ist der Gleichschritt der aargauischen mit den schweizerischen Gegebenheiten. Nicht nur die Medien-Ringe oder der Artikel-Austausch, sondern auch die Lieferung ganzer Mantelteile von Presseorganen kannte keine kantonalen Grenzen mehr. Nur die Auswirkungen auf die Aargauer Zeitungen bleiben Ereignisse der kantonalen Pressegeschichte. Sie finden sich in den Schlussabschnitten der Geschichte aller Lokalorgane und, hinsichtlich der Tageszeitungen, im letzten Kapitel dieses Buches.

## Das Anzeigewesen

Die politische Presse war fast von Anfang an auf die Einnahmen aus den Inseraten angewiesen. Je aufwendiger der Textteil wurde, einerseits durch die redaktionelle Arbeit und die treffliche Stellung und Entlohnung des Druckereipersonals (höchstorganisierte Berufsgruppe), andererseits durch steigende Papierpreise und immer raffiniertere Apparaturen, desto dringender waren die Zeitungen auf Inserate angewiesen. Die Kleinbetriebe, die zu den Pressestrukturen unseres Kantons gehörten und teilweise noch heute bestehen, reagierten besonders sensibel auf Wirtschaftsflauten, militärische Aktivdienste und gewerkschaftliche Kampfmassnahmen. Da viele kleine Blätter praktisch ohne Gewinn arbeiteten, hatten sie vor allem dem Renommee der Akzidenzdruckerei zu dienen. Versagten die gewichtigen Einnahmequellen aus der Akquisition, dann musste man als erstes die Zeitung reduzieren oder aufgeben.

Dazu kam ein zweites: Seit Beginn des Jahrhunderts tauchte ein neues Presseprodukt auf, der Inseraten-Anzeiger, im Aargau erstmals lanciert 1901 durch die Firma Kromer in Lenzburg. Immer trug sich das reine Inseratenblatt selber, konnte auf den teuren redigierten Text verzichten und wurde gratis auf die Haushalte des Einzugsgebietes verteilt. In Bern und Solothurn waren schon früher Drucker auf den Geschmack gekommen und machten aus diesem Presseprodukt einen wichtigen Erwerbszweig.

Die Inseraten-Anzeiger galten in ordentlichen Pressekreisen als Parasiten, die den aufwendigen Organen die materielle Substanz entzogen. Lieferten sie zudem unterhaltenden Text, spesenfreie Fortsetzungsromane und zugeliferte Informationen mit Reklamecharakter, galt eine Gratiszeitung als besonders anrühig. Dass das Anzeigegeschäft in der Zeitungsverpackung besonders attraktiv war, hätte eigentlich der Meinungspresse schmeicheln müssen. Zerstörungsabsichten waren bei den Anzeiger-Leuten sicher nicht vorhanden. Dass zum Beispiel nach Erledigung der politischen «Lenzburger Zeitung» der Kromer'sche Anzeiger nun für die Lokalinformationen in die Lücke sprang, war logisch und bewies den Spürsinn des Verlegers. Im historischen Kontext beurteilt und mit dem Moralkodex der Meinungspresse gemessen, galt die Abfolge des Geschehens in Lenzburg als besonders hinterhältiges Spiel. Ähnliches vollzog sich aber in Baden, in Brugg, in Aarau, Rheinfelden und Sins lange vor dem eigentlichen Zeitungsterben. Die Anzeiger hielten sich dort neben der Meinungspresse. Dass diese Misere nicht früher einsetzte, verdankten die schmalbrüstigen Verlagsunternehmen im Aargau der Hochkonjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg. Was die Anzeiger wegfrassen, wurde laufend durch das grössere Inseratenvolumen wettgemacht. Das einzige Opfer der Kriegszeit war die täglich erscheinende «Neue Aargauer Zeitung». Alle übrigen Organe erholten sich nach 1945 rasch und zeigten innerlich und äusserlich kaum Reform-

bedarf. Die gute Wirtschaftslage stärkte das innere Beharrungsvermögen der aargauischen Zeitungen und sicherte die bestehende Struktur der Pres-  
sandschaft noch auf Jahre hinaus.

Was sich nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkte, das war das Gewicht der Akquisitionsfirmen. Die Werbeagenturen kümmerten sich wenig um die Qualität der redigierten Texte; einzige Kriterien waren Auflagen und Streudichte. Anzeiger arbeiteten vorzüglich mit Agenturen zusammen. Auch die kleinste Lokalzeitung musste deren Dienste in Anspruch nehmen, wollte sie werbemässig bestehen. Die Chance, die wirtschaftliche Prosperität der 50er- und 60er-Jahre zu nutzen und der Werbewirtschaft immer bessere Bedingungen anzubieten, ergab sich in den neuen Agglomerationen Aarau und Baden. Sich den aufstrebenden Vorortsgemeinden durch Lokalberichterstattung anzudienen, gleichzeitig die Parteifarbe langsam verblas-  
sen zu lassen, das war das Rezept des «Aargauer»- und «Badener Tagblatts».

Daher drängte sich für die diese beiden Blätter und das «Zofinger Tagblatt» eine andere Darstellungsweise auf. Bis etwa um 1950 zeichnete sich bei keiner aargauischen Tageszeitung eine besondere Geschäftsstrategie und eine daraus resultierende Expansion ab. Alle besaßen etwa diesselbe Grösse. Dann brachen die zwei obgenannten Organe aus und auf. Die Geschichte der beiden Tageszeitungen geht in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts einen eigenen Weg, geprägt von wirtschaftlichen Zwängen der ausserkantonalen Grosspresse. Den Weg diktierte weitgehend die Werbewirtschaft, respektive die Annoncenfirmen. Das «Zofinger Tagblatt» war mehr Opfer als Täter im grossen kantonalen Zweikampf.

Im Schlusskapitel wird dies alles als Vorgeschichte der Fusion von 1996 unter den genannten Gesichtspunkten skizziert. Wobei die Blätter der Lokalpresse, welche die Auswirkungen zu tragen hatten, deren Expansionspotential naturgemäss beschränkt blieb, die von den Grossen im Geschäft sogar eingeschränkt wurden, die jüngste Pressegeschichte von «Aargauer»- und «Badener Tagblatt» teilweise vorwegnehmen.

## Begrenzungsprobleme

Die Bearbeitung der politischen Presse des Kantons Aargau musste auf zwei Seiten begrenzt werden. Einerseits entfallen Gemeindeorgane, die als Orientierungshilfen durchaus politische Aufgaben wahrnehmen, oft auch den Namen Zeitung tragen, aber eigentlich Behörden-Informationsschriften sind. Wir bewerten ihren Wirkungsraum als zu eng. Andererseits werden an zwei Standorten im Aargau im grossen Stil politische Zeitungen und Zeitschriften hergestellt oder verlegt, die auf den schweizerischen Markt ausgerichtet sind und deren Wirken auf den Aargau nicht anders ausfällt, als für jeden andern Kanton der Schweiz: der Verlag Effingerhof im Dienste

des Bauernverbandes und seinen Publikationen, die Firma Ringier in Zofingen im Dienste der illustrierten Zeitschriften stehend. Beide Pressezentren gehören als Unternehmen zur Pressegeschichte des Aargaus, aber ihre Presseprodukte wollen und sollen nicht Gestaltungsmittel der aargauischen Politik sein.

Betrachten wir zuerst den Lokalbereich! Wir stellen fest, dass die Landblätter im Aargau zunehmend die grössere Politik ausblenden und sich der Gemeindepolitik und dem öffentlichen und privaten Gesellschaftsleben des Einzugsgebietes widmen. Das ist zum ersten ein Resultat des allgemeinen Wohlstandes, da sich jede Haushaltung eine Tageszeitung leisten kann, zum andern ein Zeichen für die Tendenz, der Globalisierung mit der Hinwendung zur kleinen Welt zu begegnen. Nicht nur die offiziellen Gemeindeblätter aller Orten sorgen für Detailinformationen aus Verwaltung und Privatbereich, auch Kommissionen können dem Drang nach periodischen Presse-Dienstleistungen nicht widerstehen: Gemeinde-Schul-Zeitungen oder lokale Kultur-Spiegel flattern in alle Briefkästen der Wohngemeinde. Quartiervereine sorgen für ein eigenständiges Journal. Die Atomisierung kennt fast keine Grenzen mehr. Die Leichtigkeit, ansprechende Periodika mit moderner Computer- und Vervielfältigungstechnik herzustellen, verführt allerorten zu neuen Versuchen. Doch wie bei Studenten- und Mittelschul-Zeitungen hängt die Dauer eines Unternehmens oft von initiativen Laien-Journalisten ab. Und die Organe kommen und vergehen. Dass allemal der traditionellen Lokalzeitung mit Sonderblättern Substanz entzogen wird, diese Einsicht ist kaum vorhanden (meist Nachrichten und Inserate!).

Dass gewisse Gemeinden – aus Sorge um Aushöhlung des Lokalorgans – dem Verlag Subventionen oder Defizit-Garantien zukommen lassen, um im Gegenrecht die offiziellen Verlautbarungen im Textteil kostenlos unterbringen zu können, kann als Korrektiv zum allgemeinen Trend nur begrüsst werden. Diese Zeitungen sind aber fast zu Gemeindeblättern geworden. Für unsere Arbeit wurde die Abgrenzung immer schwieriger. Zuletzt galt meist das historische Kriterium: wurde aus einem traditionellen Lokalblatt eine Art Gemeindezeitung, so blieb es Teil unserer Darstellung; bekam ein Gemeinde-Orientierungsblatt durch Ausweitung des redaktionellen Teils mehr Zeitungs-Charakter, so wurde trotzdem auf die Behandlung verzichtet. Ein Grund war auch die Periodizität: eine wöchentliche Erscheinungsweise gilt als Minimum für ein Organ, das den Namen Zeitung verdient.

Damit rückte zum Beispiel der «Küttiger Anzeiger» des Gewerbeverbandes ganz in die Nähe eines Lokalblattes: 50 Jahre Tradition (1999) und dabei vom 14-täglichen Erscheinen zum wöchentlichen Allerwelts-Dorforgan geworden, das ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Zudem ging hier die Initiative nicht von den Behörden aus; die Trägerschaft kann durchaus der Genossenschaft des Aarburger «Allgemeinen Anzeigers» gleichgestellt werden. Trotz einer Auflage von rund 3000 Stück – dabei einige auswärtige

Heimweh-Abonnenten –, ist die Wirksamkeit auf das eigene Dorf beschränkt. Dass die Begrenzung, was noch Zeitung im Sinne unserer Darstellung ist, willkürlich anmutet, kann als Kritik durchaus akzeptiert werden. Dem «Küttiger Anzeiger» wäre mit obiger Notiz eine kurze Würdigung dargebracht.

Umgekehrt beeinflussen aargauische Periodika im höchsten Masse die kantonale Politik, die in dieser Geschichte nicht berücksichtigt sind: die Verbands- und Vereinsblätter. Auch jene Zeitschriften, die relativ häufig erscheinen (das Schulblatt zum Beispiel 14-täglich), sind an einen begrenzten, festen Personenkreis gerichtet und kommen trotz hoher Auflage einem Vereins-Bulletin näher als einer politischen Zeitung. Es ist aber eine Tatsache, dass die heutigen Menschen mehr durch die Verbandspresse politisiert werden, als durch gewisse Lokalblätter. Ein Zeichen mehr für die heute grassierende Betroffenheitsdemokratie!

Damit wenden wir uns der landwirtschaftlichen Fachpresse aus Brugg zu. Sie kann durchaus der Verbandspresse gleichgestellt werden. In der Frühzeit des Jahrhunderts, als noch geschlossene Räume von rein agrarisch ausgerichteter Bevölkerung bestanden und die Abdeckung dort fast 100 Prozent ausmachte, war die Ausrichtung auf das ganze Gebiet der Schweiz der Grund zur Ausklammerung. Heute kommt dazu, dass der Personenkreis, der sich über diese Blätter politisch orientiert, sehr stark geschrumpft ist. Die Ausstrahlung über die Grenzen der bäuerlichen Berufsverbände hinaus ist rückläufig. Selbst auf dem Anzeigenmarkt verlieren diese Organe ständig an Einfluss. Die Bauernpresse aus Brugg, einst schweizerischer Machtfaktor, ordnet sich in die normale Fachpresse ein.

Das Verlagshaus Ringier in Zofingen war einst ein rein aargauisches Unternehmen. Heute gehört es zu den multinationalen Firmen. Schon früh hatte sich Ringier offiziell aus dem aargauischen Zeitungsgeschäft abgemeldet und mit der roten Zofinger «Allgemeinen Zeitung» den helvetischen Markt bedient. Selbst diese Wochenzeitung erhielt immer mehr Zeitschriften-Charakter. Alle übrigen Organe aus diesem Verlagshaus waren illustrierte Zeitschriften, die zwar im Aargau hergestellt wurden, aber inhaltlich keinen Schwerpunkt im Kanton setzten. Noch mehr gilt dies für den «Blick». Dieses Boulevard-Blatt, das auf den Kioskverkauf ausgerichtet ist, wird in den schweizerischen Grossstädten hergestellt und im luzernischen Adligenswil gedruckt.

Bleibe noch der Sonderfall «Abendland». Sein Gründer Herbert Meier war mit der Aargauer Politik insofern verbunden, als er zuerst als Republikaner, dann als SVP-Politiker im Grossrat mitwirkte. Seine Zeitschrift wurde als Gegenkraft zur 68er-Bewegung 1968 lanciert, vertrat und vertritt noch heute wertkonservatives Gedankengut. Dass das Blatt eines Einzelnen heute über 30 Jahre Bestand hat, ist schon eine Auszeichnung. Doch das Organ hat eindeutig Zeitschriften-Charakter, das heisst es ist der sekundären

Aktualität und dem Kommentar aus gewisser Distanz gewidmet. Zudem hat es gerade deshalb seinen Abnehmerkreis behalten können, weil es auf das schweizerische Verbreitungsgebiet ausgerichtet blieb.

## **Zusammenfassung: Presse und Partei im 20. Jahrhundert**

Im 19. Jahrhundert wurden die Zeitungen gezielt zum politischen Dialog verwendet. Massenversammlungen waren schon aus verkehrstechnischen Gründen kaum möglich – mindestens nicht für so alltägliche Dinge wie die politische Willens- und Meinungsbildung. Dazu hatte man schliesslich Lesen gelernt. Redaktoren und Verleger waren Meinungsbildner, nicht nur Übermittler von Botschaften. Sie vertraten ganz bestimmte Schattierungen der politischen Ideen, die zumeist noch nicht parteipolitisch, das heisst vereinsmässig festgelegt und verbreitet wurden. Nur selten ragten noch Journalisten-Persönlichkeiten dieser Art ins 20. Jahrhundert. Die Agenturen lieferten jetzt nicht nur die Informationen, sondern zum Teil auch die Kommentare pfannenfertig ins Haus. Somit wurden je länger je mehr die Artikeldienste politisiert. Sie waren es, die die liberal-bürgerlichen, die katholisch-konservativen oder die arbeitnehmerfreundlichen Organe bis zu einem gewissen Grad konfektionierten.

Zeitungen halfen um die Jahrhundertwende, Parteien zu formieren und sie zu institutionalisieren. Umgekehrt begannen diese Vereine nachher die Presseorgane zu besetzen, für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Dies war bei anonymen Trägerschaften einfacher als bei Familienunternehmen. Hier wachte entweder die Haus-Tradition oder eine versierte Persönlichkeit über allem Geschehen und Geschreibe. Erst in der Phase des Ersten Weltkrieges kam es immer häufiger zu einer Art geistiger Übernahme durch die Parteien. Eine Figur wie Johann Baptist Rusch war nicht mehr tragbar, weil zu wenig pfleglich. Es gab jetzt eine Parteipresse, parteiliche oder parteinahe Zeitungen. Neutrale Anzeiger waren nicht nur aus ökonomischen und staatspolitischen, sondern auch aus moralischen Gründen suspekt. Zur Zeitung gehörte ein politisches Credo, basta. Die Zwiesprache zwischen Parteifreunden und ihrem Meinungsorgan ersetzte die einstige Zwiesprache, respekt. das Gezänk, zwischen den aargauischen Blättern, wie es im 19. Jahrhundert noch üblich war. Man verbreitete Schuldsprüche, keine Anklagereden; sie verlangten nicht nach Verteidigung oder Rechtfertigung. Der Dialog war abgebrochen, ehe er nur eingeleitet war.

Daher drängte sich für die Pressegeschichte des 20. Jahrhunderts ein ganz anderes Konzept auf, als beim ersten Band. Bis 1945 zelebrierte jedes Blatt sein eigenes Dasein; damit verlangte auch jede Zeitung nach ihrer eigenen Historie. So wurde die aargauische Zeitungsgeschichte zu einem Flickenteppich, zum Patchwork: Eine Zeitungsgeschichte reiht sich an die nächste.

Höchstens unter Lokalzeitungen wogte in den Regionen noch gelegentlich so etwas wie Meinungs Austausch, vor allem, wenn sich ein Organ der Gegenrede verschloss. Diesem Umstand wurde in besonderen Kapiteln Rechnung getragen.

Dass die Sondierung in den 30er-Jahren bei Tages- wie bei Lokalblättern besonders sorgfältig erfolgte, kann nicht erstaunen. Zum ersten ist die Verunsicherung schweizerischer Politik vorher und nachher nie mehr so eklatant gewesen wie damals. Zum andern spürten die Zeitungen zum erstenmal die harte Konkurrenz der radiotechnisch übertragenen Rede und wurde bald selber zum Lager- und Sammelplatz der weltweit durch den Äther verbreiteten Worte und Parolen. Wie der Verleger und Redaktor damit umzugehen wusste, interessiert den heutigen Menschen, angesichts der Vergangenheits-Bewältigungs-Manie, in hohem Masse.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts änderte sich dank Wiederaufbau und Hochkonjunktur vorerst wenig. Pressemässig verlief im Aargau alles in vorgeprägten Bahnen. In der Inkubationszeit des Fernsehens verhalf der wirtschaftliche Aufschwung vielen Zeitungen mindestens zur Behauptung des Erreichten. Dann aber drängte die Konkurrenz der elektronischen Medien und die Aufteilung des Werbekuchens die Druckerpresse zu einer sorgfältigen Geschäftsführung und zur Umstellung der Konzeption. Die Nachbereitung der Fakten wurde zur zentralen Aufgabe; die Erstmeldung war längst vor Redaktionsschluss erfolgt. Im lokalen Bereich versuchte bald auch das Radio seinen Teil an der schnellen Übermittlung zu leisten. Dem Fernsehen widmete die einstige Leserschaft der Zeitungen durchschnittlich doppelt so viel Zeit als der Lektüre. Die Kurzfutter-Information der Boulevard-Presse, vorwiegend auf dem morgendlichen Arbeitsweg vorweggenommen, dämpfte das Interesse an der detaillierten Information samt tiefgründigem Kommentar; man hatte alles schon schwarz auf weiss konsumiert. Die Partei-Versammlungen schliesslich wurden je länger je mehr zum Zirkel der Auserwählten, der Partei-Eliten; die Massen blieben weg. Podiums-Gespräche mit berühmten Teilnehmern im Fernsehen erübrigten die Teilnahme an einem Rundtisch-Gespräch der örtlichen Parteiprominenz im Dorfgasthaus. Somit lauerte auch niemand mehr auf den nachträglichen Bericht.

Damit begann der Kampf der Zeitungen ums wirtschaftliche Überleben – im Aargau nicht anders als sonstwo in der Schweiz und im Ausland. Die wirtschaftlichen Zwänge und konzeptionellen Anpassungen wurden zum Selektionsverfahren: die einen überlebten, die andern fusionierten oder liefen langsam und klagvoll aus. Die Parteipresse im engeren Sinne hatte jede Chance verloren; ihr ursprüngliches Feld war abgedeckt durch die elektronischen Medien und die sprachregional wirkenden Zeitschriften, die gar die Landesgrenze nicht mehr achteten, geschweige denn kantonale Gemarkungen.

Eine gewisse Boulevardisierung der Tagespresse nahm die Lesegewohnheiten der Mehrheit auf und versuchte nun mit Bildern, Titeln und Zwischentexten von Abschnitt zu Abschnitt den Konsumenten zum Weiterlesen zu animieren. Zudem: je häufiger der Arbeitsort nicht mehr im Aargau, sondern in den umliegenden Städten gefunden wird, umso eher wendet sich das kulturelle Interesse auch diesen Zentren zu. Damit standen und stehen die aargauischen Tageszeitungen in harter Konkurrenz mit auflagestarken Print-Medien, die zugleich das Odium der urbanen Weltoffenheit pflegen, ob zu Recht oder zu Unrecht, bleibe dahingestellt. Damit ist die grosse Tagblatt-Fusion im November 1996 zu erklären und verständlich. Ihr gingen Fusionen von Landblättern voraus, die wirtschaftlich und konzeptionell die Mittel nicht hatten, als blosse, bescheidenen Lokalblätter Grosses zu leisten. Dennoch, der Aargau behält auch am Ende des 20. Jahrhunderts einen vielfältigen, vor allem aber reich bestückten Pressewald. Das Dickicht ist ausgelichtet; umso besser gedeihen die Stämme und Kronen der währschaften Bäume in Licht und Luft der aargauischen Landschaft.